

DIE ZWEITE TSCHECHO-SLOWAKISCHE REPUBLIK IM SPIEGEL ZEITGENÖSSISCHER TSCHECHISCHER PRESSESTIMMEN

(Oktober 1938 — März 1939)*

Von Otto Böss

Als der neue tschecho-slowakische Außenminister Dr. Chvalkovský Mitte Oktober 1938 nach Berlin reiste, um für sein Land zu retten, was noch zu retten war¹, schien sein Vorhaben erfolgversprechend. Die Besetzung der im Münchener Abkommen festgelegten Grenzgebiete war ohne Zwischenfall und Widerstand seitens der tschechischen Truppen verlaufen; Hitlers „letzte territoriale Forderungen“ waren auf Kosten der Tschechoslowakei befriedigt worden; die Gefahr eines Krieges schien beseitigt. Die Tschecho-Slowakei glaubte, von Deutschland eine Anerkennung für ihr gefügiges Verhalten erhoffen zu dürfen, d. h. sich durch die Abtretung der Grenzgebiete ein Unterpfand für das Weiterbestehen des Reststaates eingehandelt zu haben.

Das war im wesentlichen die entscheidende Überlegung Beneš's gewesen, als er sich mit den Beschlüssen von München einverstanden erklärt hatte. Wenn in der Folgezeit die innen- und außenpolitische Entwicklung des neuen Staates einen anderen Verlauf nahm, als in den zwanzig Jahren der ersten Republik, so war das weitgehend auf die neue politische Situation in Mitteleuropa zurückzuführen, deren verändertes Kräfteverhältnis auch eine Neuorientierung im tschecho-slowakischen Reststaat ratsam erscheinen ließ.

Eine ganze Reihe von historischen Abhandlungen und Memoirenwerken² gibt heute bereits einen recht guten Einblick in die Ursachen und Wirkungen

*) In der Abhandlung werden nachstehende Abkürzungen verwendet:

Brá — Brázda, ČSl — České slovo, LN — Lidové noviny, NP — Národní politika, PP — Prager Presse, PT — Prager Tagblatt, PL — Pravo lidu, Pfi — Pfitomnost, Vv — Venkov.

¹ Er hatte, noch als tschechoslowakischer Gesandter in Rom, bereits zu Beginn des Monats Verbindungen mit deutschen Kreisen aufgenommen und versucht, diesen Besuch in Berlin zu arrangieren.

² Von den neuesten deutschen Arbeiten seien erwähnt: Heinrich Bodensieck, Die Politik der Prager Regierung Beran in der zweiten Tschecho-Slowakischen Republik (Herbst 1938 — Frühjahr 1939). Kiel Phil. Diss. 1956, gekürzt in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1957) S. 54—71. Hans Schiefer, Deutschland und die Tschechoslowakei von September 1938 bis März 1939. Göttingen Phil. Diss. 1953; gekürzt in: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1955) S. 48 — 66. Helmut K. G. Rönnefarth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Wies-

dieser Wandlungen in der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik. Die Presse ist eine wertvolle Quelle, die das Bild, das wir von diesem Zeitabschnitt bereits gewonnen haben, weiter abzurunden und zu ergänzen vermag. Stützt man sich ausschließlich auf Pressestimmen, so erhält man einen Überblick, der zwar nicht einseitig genannt werden darf, der die Dinge aber doch nur unter einem besonderen Aspekt einordnen kann. Um wirklich allen Gesichtspunkten gerecht zu werden, müßten alle Materialien, die eine Aussage über den beschriebenen Zeitraum vermitteln, berücksichtigt werden. Das ist jedoch unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Das umfangreiche tschechische Archivmaterial (des Innenministeriums, des Außenministeriums, des Staatlichen Zentralarchivs, der Privatarchive Berans, Ripkas, Zenkls usw.) ist für uns im Westen leider unzugänglich³.

Die nachfolgende Studie will zu den bisherigen Arbeiten keinen weiteren Abriss der historischen Ereignisse in der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik hinzufügen, sondern an Hand des begrenzt verfügbaren Quellenmaterials zu zeigen versuchen, wie sich die tschechische Presse der neuen Situation gegenüber einstellte. Die Schilderung der politischen Vorgänge ist daher auf das Wichtigste reduziert worden. Die Ausführungen, die sich ausschließlich auf die Lektüre der Presse stützen, sind in den wesentlichsten Punkten durch Zitate ergänzt, die ihrerseits wieder eine Auswahl aus mehreren ähnlichen Äußerungen darstellen, aber in den meisten Fällen in den Fußnoten nur einmal belegt wurden.

An dieser Stelle ist noch eine Schilderung der Quellenlage für die vorliegende Arbeit geboten. Die zu Beginn der Studie angeführten neun Tageszeitungen bzw. periodischen Schriften des behandelten Zeitraums sind über

baden 1961 (vor allem das Kapitel: Von München bis Prag, S. 697 — 754). — An westlichem Schrifttum der letzten Jahre sei angeführt: R. G. Laffan — V. M. Toynebe, *The Crises over Czechoslovakia, Oct. 1938 to March 15, 1939*, in: R. G. D. Laffan and others, *Survey of International Affairs 1938*, Vol. III. London 1953. Theodore Prochazka, *La Tchécoslovaquie de Munich au 15 mars 1939*. Thèse Paris 1954. Wegen seiner vielfach völlig neuen und eigenwilligen Beweisführungen: A. J. P. Taylor, *The Origins of the Second World War*. London 1961, das nun auch in deutscher Übersetzung vorliegt. — Mit den Problemen dieser sechs Monate hat sich auch die tschechische Geschichtsschreibung nach 1945 wiederholt (aber recht einseitig) beschäftigt; wir führen hier nur vier Arbeiten an: Adolf Zeman, *Československá Golgata*. Prag 1947. Der Verfasser stützt seine mehr publizistische Arbeit ebenfalls auf die Presse, aber auch auf Literatur und mündliche Auskünfte. Als ein Vertreter der Beneš-Politik schreibt er im Geiste Masaryks. Jaroslav Česár, 15. března 1939 [Der 15. März 1939], in: *Mezinárodní politika 3* (1959), S. 80—83. Miloš Hájek, *Od Mnichova k 15. březnu* [Von München zum 15. März]. Prag 1959. Vaclav Král, *Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích 1938 — 1945* [Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den böhmischen Ländern 1938—45], 3 Bde, Prag 1957—59. — Im übrigen verweisen wir auf die Bibliographien in den meisten der angeführten Arbeiten.

³ Ein Teil nur ist veröffentlicht z. B. in: *Mnichov v dokumentech*. Prag 1958 und: *Nové dokumenty k historii Mnichova*. Prag 1958.

die westlichen Bibliotheken verstreut und oft unvollständig⁴. Sie bilden die zwangsläufige Auswahl aus einer umfangreicheren Liste von Titeln, die ursprünglich für die Auswertung vorgesehen worden waren, durch ihr Fehlen in den Bibliotheken jedoch unberücksichtigt bleiben mußten⁵. Der Verfasser hofft jedoch, daß er durch die strenge Begrenzung seines Themas und die Beschränkung auf die ihm am charakteristischsten scheinenden Hauptpunkte einen Weg gefunden hat, um die von der Presse in diesen Monaten verfolgte Linie am deutlichsten und so objektiv wie möglich wiederzugeben. Bei der Untersuchung wurde auf das letzte Quartal des Jahres 1938 das Schwergewicht gelegt, da die einzelnen Probleme gerade in dieser Zeit des stärksten Umschwungs heftiger und mit weniger Zurückhaltung diskutiert wurden.

1. Die erste Reaktion

Vor den Münchener Beschlüssen herrschte in der Presse noch weitgehend Ungewißheit über das weitere Schicksal des Staates; man war sich lediglich dessen bewußt, daß man durch Gebietsabtretungen ein Opfer werde bringen müssen⁶:

„Wir wissen nichts weiter, als daß die Frage der Krise der Tschechoslowakei durch Gebietsabtretungen gelöst werden soll. Der heutige Tag⁷ ist daher der entscheidende kritische Tag. Für uns, soweit es sich um unsere Unabhängigkeit handelt, für die Welt, soweit es sich um den Frieden handelt. England sorgt um den Frieden, wir sorgen um unser Leben. Wir bringen Opfer für den Frieden durch Opfer an unserem Körper.“

Als die Ausmaße der tschechischen Verluste bekannt geworden waren, reagierten die Journalisten zunächst auf verschiedene Weise. Den einen, die vorher der Entwicklung offensichtlich pessimistisch entgegengesehen hatten, schien das Opfer nicht einmal allzu groß; sie hielten sich an den augenblicklichen Stand der Dinge und stellten fest, daß der Staat seine Kernländer so gut wie unberührt behalten hatte, daß man also, auf kleinerem Raum zwar, aber doch mehr als bisher „unter sich“ sein werde⁸. Die anderen, eindeutig umsichtigeren, spürten bereits, daß dieses Opfer nur dem Augen-

⁴ Die „Prager Presse“ befindet sich in der Staatsbibliothek München, die UNO-Bibliothek in Genf besitzt nur „Venkov“ (leider unvollständig), das Britische Museum nur die „Lidové noviny“, die Nationalbibliothek Paris führt wider Erwarten keine der Zeitungen aus diesem Zeitabschnitt.

⁵ Die slowakischen Zeitungen „Slovák“ und „Slovensky hlas“ waren nicht aufzufinden; sie hätten die Studie sicherlich bereichern können, desgleichen „Rovnost“ (Brünn) u. a.

⁶ Vgl. Vv vom 22. September 1938.

⁷ Am 22. September waren Chamberlain und Hitler in Godesberg zu Besprechungen zusammengetroffen.

⁸ Vgl. die Ausführungen im 3. Abschnitt auf S. 408—410.

blick dargebracht, daß die Erhaltung des Friedens durchaus nicht gesichert worden sei⁹:

„Es ist ein grober Fehler, wenn man im europäischen Westen denkt, daß durch den Zwang auf die Tschechoslowakei zur Preisgabe der Grenzgebiete der europäische Friede gerettet worden sei. Es wurde zwar der augenblickliche Krieg mit der Tschechoslowakei verhindert, aber die Erhaltung des Friedens steht dahin. Unser Volk hat . . . das größte Opfer gebracht.“

Weit in der Überzahl waren jedoch die Stimmen, die zu einer Anpassung an die veränderte internationale Situation rieten und die Rolle des tschechoslowakischen Staates als wichtiges Glied der europäischen Völkergemeinschaft nicht wesentlich beeinträchtigt sahen¹⁰:

„Es ist ein Zeichen hoher Reife, daß das verständliche Gefühl der Enttäuschung und Bitterkeit nicht die Erkenntnis verdrängt, daß man sich nun auf die geänderte internationale Sachlage einstellen muß, die im übrigen für die Tschechoslowakei keineswegs ungünstig ist, da unser Staat . . . immer ein wichtiges Glied der europäischen Volksgemeinschaft bleiben wird . . . Das gilt namentlich auch für unser Verhältnis zu Deutschland, von dem man erwarten darf, daß es nun der Tschechoslowakei mit jener Achtung entgegenkommt, auf die unser Staat Anspruch hat.“

Angesichts der neuen Sachlage wurde sich die tschechische Presse innenpolitisch einer neuen Mission bewußt, ihrer „eigentlichen“ Mission: „unparteiisch dem Vaterland zu dienen“, Polemiken, Angriffe und Vorwürfe abseits liegen zu lassen und nur mit den Realitäten zu rechnen¹¹.

Daß die Entscheidungen in München einseitig und ohne Teilnahme tschechoslowakischer Vertreter getroffen worden waren, hatte die Regierung auf ihrer Sitzung am 30. September 1938 veranlaßt, die Bedingungen vor aller Welt formell nur unter Protest anzunehmen. Die gleichen Stimmen, die jegliche Spekulationen verwarfen und fürderhin nur mit den Realitäten rechnen wollten, waren es nun auch, die zu Besonnenheit und Ruhe aufriefen¹².

Diese ersten Reaktionen der Presse, die die Enttäuschung über die erlittene Niederlage in einem beinahe messianistisch aufgefaßten Gefühl des Opferbewußtseins aufgehen ließen, die zu Anpassung, zu Ruhe und Bedachtsamkeit aufriefen, sind ohne Zweifel in einem hohen Maße echten Überzeugungen entsprungen und haben ihre Wirkung auch nicht verfehlt. Es bahnte sich eine „Zeit der guten Vorsätze“ an, die in einem kleineren, aber „gereinigtem“ Staat die Innen- und Außenpolitik von Grund auf neu gestalten sollte¹³:

⁹ Josef Stivín in PL vom 2. Oktober 1938.

¹⁰ Leitartikel in PT vom 2. Oktober 1938. Vgl. auch PL vom 5. Oktober 1938.

¹¹ Rudolf Halík, Lidu pravdu, in: Vv vom 5. Oktober 1938.

¹² Vv vom 22. September 1938. — Rudolf Halík in: Vv vom 5. und 7. Okt. 1938.

¹³ Oldřich Zíka, Z gruntu přebudovat [Von Grund auf umbauen], in: Brá vom 18. Oktober 1938.

„Für neue Aufgaben muß man neue Mittel anwenden . . . Die Gaukelei mit Theorien muß ein Ende haben. Wir haben uns vor einem Krieg bewahren können, aber wir müssen das Leben zu sichern wissen.“

2. Die Kritik an den alten Fehlern

Dieses Thema trat in der Presse an sich nicht so stark in den Vordergrund, wie man eigentlich hätte annehmen können. Offenbar war man sich zunächst nicht in der ganzen Tragweite dessen bewußt geworden, daß für das Versagen der bisherigen tschechoslowakischen Bündnispolitik nicht nur die westlichen Verbündeten verantwortlich gemacht werden konnten, sondern daß innen- wie außenpolitisch auch tschechischerseits ein Kurs verfolgt worden war, der zu schwerfällig reagierte, der sich neuen, veränderten Sachlagen nicht schnell genug anzupassen vermochte.

Unüberhörbar jedoch waren die Vorwürfe, die sich gegen das Generationsproblem der tschechischen Führungsschicht und die falsche Parteipolitik im Innern richteten. So setzte sich z. B. „Národní politika“¹⁴ eingehend mit der Stellung der Jugend im neuen Staat auseinander:

„Gerade in diesen Tagen, da das Programm der Jungen¹⁵ auf der Tagesordnung steht . . . sehen wir, welche Fehler wir bisher gemacht haben, als wir über die Schicksale des Staates zwanzig Jahre lang nur eine Generation entscheiden und alle übrigen vor der Türe stehen ließen. In diesem tragischen Irrtum . . . liegt der Schwerpunkt unserer eigentlichen innerpolitischen Schwierigkeiten . . . Die alten Politiker, die ihre ganze Regierungskunst auf ihre Unersetzlichkeit gründeten, haben dadurch eine Schuld auf sich geladen, daß sie der folgenden Generation keine praktische Möglichkeit geben haben, sich in die Fragen der Staatsführung einzuarbeiten.“

Der Politik dieser Generation, der Männer des Ersten Weltkrieges, wurde ganz konkret zum Vorwurf gemacht, daß sie zu vertrauensselig gewesen sei¹⁶, daß sie in ihren Entscheidungen zu langsam reagierte¹⁷, allzu entfernten, allgemein-menschlichen und weltpolitischen Idealen nachhing¹⁸.

¹⁴ NP zitiert nach PP vom 12. November 1938, S. 3. — Soweit Pressestimmen aus tschechischen Zeitungen in wörtlicher Wiedergabe in der „Prager Presse“ abgedruckt wurden, sind diese Übersetzungen bei den Zitaten verwendet worden.

¹⁵ Bei diesem Programm handelte es sich um den Entwurf des „positiven Arbeitsprogrammes“ der um die Zeitung der Agrarpartei „Brázda“ konzentrierten jungen Intelligenz, vgl. Brá v. 12. November 1938 und die Ausführungen hier im 4. Abschnitt auf S. 412—414.

¹⁶ Vgl. Moravec, Das Ende der Benesch-Republik. Die tschechoslowakische Krise 1938. Prag 1941, S. 44 ff., 45 f. passim. Die tschechische Aufgabe ist bereits 1939 erschienen. Im allgemeinen kann dieses Werk allerdings nur unter Vorbehalten als objektiv betrachtet werden.

¹⁷ A. Roček in NP zitiert nach PP vom 19. Oktober 1938, S. 3.

¹⁸ František Bušek in ČSl vom 1. März 1939.

Eine weitere Angriffsfläche bot den Journalisten die falsche Innenpolitik, insbesondere die Parteipolitik. Das Übermaß an Parteiwesen habe die Regierung zwangsläufig schwächen und zersplittern müssen¹⁹. Andererseits sei das Parteiwesen aber zu konservativ, modernen Ideen gegenüber zu wenig aufgeschlossen²⁰ und in der Form, in der es sich organisiert hatte, im Grunde nichts anderes als ein Überrest des 19. Jahrhunderts gewesen²¹. Das will heißen, daß die Parteien längst überholte Ideen aus der Zeit des Nationalitätenkampfes in eine demokratische Staatsform hineingetragen hatten, die sie dann nicht entsprechend beleben konnten. Man hatte mit dem Begriff Demokratie zu unüberlegt und leichtsinnig operiert, ihm viel zu sehr mit einer eigenartigen „politischen Sentimentalität“ gegenübergestanden²².

Was man sich im neuen Staat von einem reformierten Parteiwesen erhoffte und was zum Teil in der kurzen Zeit des Bestehens dieses Staates auf diesem Gebiet neu aufgebaut werden konnte, stellt einen Kernpunkt der tschecho-slowakischen Innenpolitik dieser knapp sechs Monate dar und soll an anderer Stelle²³ eingehender erörtert werden.

Die Krise, die für die Tschechoslowakei innen- und außenpolitisch einen Schock gebracht hatte, auf den man aber mit beachtlicher Ruhe und Selbstbeherrschung reagiert hatte, lief schließlich stimmungsmäßig in ein vollkommen neues Gefühl aus: man wollte sich den neuen Gegebenheiten anpassen und sich auf sich selbst beschränken²⁴:

„Das Jahr 1918 ist mit allem, was es brachte, vorbei, auch mit denjenigen, die unsere Verbündeten waren. Plötzlich stehen wir, ob wir nun wollen oder nicht, in den verkleinerten Grenzen in der Achse Berlin-Rom und sehen uns vor der großen Aufgabe, unter geänderten Verhältnissen unsere Existenz als Nation und Staat zu erhalten.“

„Unsere Existenz als Nation und Staat“ — das ist zugleich Ausdruck einer Wandlung in der öffentlichen Meinung, die immer weitere Kreise zog und sich auch sehr bald im politischen Denken und in der Außenpolitik durchsetzte²⁵: der größte Teil der nichttschechischen Gebiete waren verloren-

¹⁹ K. Jiše in ČSl vom 23. September 1938.

²⁰ Theodor Pistorius in PL zitiert nach PP vom 9. Oktober 1938, S. 3.

²¹ Dr. Kahánek, Volá se po nových lidech, in: Vv vom 12. November 1938, S. 1. — V. Klofáč in ČSl vom 20. November 1938.

²² Rudolf Halík in Vv vom 13. November 1938.

²³ Vgl. Abschnitt 4 auf S. 410—415.

²⁴ Václav Klofáč in: ČSl vom 20. November 1938.

²⁵ Vgl. H. Bodensieck, a. a. O. in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1957) S. 62 bis 66. Er behandelt die zweite Entwicklungsphase der Zweiten Republik, die er mit der Berufung des Kabinetts Beran (1. 12. 1938) und dem erneuten Besuch Außenminister Chvalkovskýs in Berlin (21. 1. 1939) begrenzt. In dieser Zeit habe die Tendenz überwogen, den Staat weitgehend nach eigenen, nationalen Interessen zu gestalten.

gegangen, die Slowakei und die Karpato-Ukraine autonom geworden²⁶; die Tschechen waren nun im Raum Böhmen-Mähren eine geschlossene Nation mit nur geringem fremdvölkischen Bevölkerungsanteil.

Das war die große Chance, die sich trotz aller Verluste der neuen Tschecho-Slowakei nach dem Münchener Abkommen angeboten hatte und die zu nutzen weite Kreise des tschecho-slowakischen öffentlichen Lebens bereit gewesen waren. Daß die Entscheidungen über das Schicksal des neuen Staates in der Folgezeit jedoch immer mehr von Machtfaktoren abhängig wurden, die dem Tun und Wollen der tschechischen Politiker entrückt waren, hat den Gang der tschechischen Geschichte, vor allem aber ihre Entwicklung nach 1945 im mitteleuropäischen Raum, maßgeblich mitbestimmt.

3. Die Beschränkung auf sich selbst

Bereits am 30. September 1938 hatte Armeegeneral Syrový in seinem Aufruf an die Nation über den Rundfunk diese neue Haltung des Sich-bescheidens zum Ausdruck gebracht²⁷:

„Bei der Wahl zwischen Verkleinerung der Grenzen und Tod der Nation ist es Pflicht, das Leben unseres Volkes zu erhalten . . . wir werden zwar innerhalb engerer Grenzen sein, aber allein unter uns.“

Nach den Spannungen und Ereignissen der vorangegangenen Monate und Wochen, die zu den schlimmsten Vermutungen Anlaß gegeben hatten, wurde jetzt das Gefühl wach, daß man von allem frei sei, was den Staat bisher beschwert und verwirrt hatte. Die Folge davon war eine neu aufkeimende Zuversicht in die Zukunft²⁸:

„Wir wurden um zwanzig Jahre zurückgeworfen . . . bis zum Jahre 1916 oder 1917 . . . dürfen wir auch heute nicht der Verzweiflung und selbstmörderischen Stimmungen anheimfallen . . . Wir werden ohne den Feind im Hause leben, nur auf eigenem Boden, ohne Rachsucht, nicht ehrlos gemacht und unbesiegt, nur verraten, aber mit umso leidenschaftlicherer Liebe zum heimatlichen Boden, auf den wir jetzt angewiesen sind . . . wir werden unser Haus versorgen und sichern, so gut wir nur können. Im kleinen Staat ein größeres Volk — das muß unsere Parole sein.“

Dieser Gedanke, daß das tschechoslowakische Volk durch die letzten Ereignisse um 20 Jahre und mehr zurückgeworfen worden sei, daß das Ende seines ersten Staates zugleich aber einen besseren Anfang für den Neu-

²⁶ Die Annahme der Verfassungsgesetze über die Autonomie der Slowakei und der Karpato-Ukraine erfolgte am 19. November 1938, vgl. auch hier S. 415.

²⁷ PP vom 1. Oktober 1938, S. 1.

²⁸ K. Z. Klíma in ČSl vom 2. Oktober 1938. Vgl. auch die Äußerungen in NP vor dem Wiener Schiedsspruch, zitiert in PP vom 3. November 1938, S. 5.

aufbau in sich schließe, kehrte sehr oft und in vielen Varianten wieder, zum Teil mit wehmütigen Reminiszenzen vermischt²⁹:

„Der 28. Oktober hat ein neues Kolorit erhalten. Erst jetzt hat eigentlich die Geschichte die letzten Bande mit dem alten Österreich zerrissen . . . Wir beginnen von neuem, und zwar gründlicher als damals vor 20 Jahren. Hätte uns das Schicksal am 28. Oktober 1918 eine freie Entfaltung in jenen Möglichkeiten geboten, die sich am 30. September 1938 ergeben haben, hätte sie die Nation sicher gerne angenommen. Schon damals hätte uns das Bewußtsein gestärkt, daß wir Nation und Staat zusammenschweißen.“

Dieses neue „Nationalgefühl“ kommt besonders stark im sogenannten „Programm der Jungen Generation“³⁰ zum Ausdruck, das kurze Zeit nach dem ersten Wiener Schiedsspruch (2. 11. 1938) veröffentlicht wurde³¹:

„Die Zweite Republik ist ein Nationalstaat geworden, ein Staat der Tschechen, Slowaken und Ruthenen. Wir müssen in unser ganzes öffentliches und privates Leben einen neuen Geist tragen, wenn die Existenz der Zweiten Republik gesichert werden soll. Durch Konzentration der positiven nationalen Kräfte müssen wir daher einen einheitlichen Willen der Nation schaffen, auf den man sich eine autoritative, sozial gerechte und kontrollierte Regierung stützen können, damit wir rasch, gründlich und geordnet das Programm der nationalen Erneuerung realisieren können.“

Der Nationalstaatsbegriff schloß also immer noch die drei Völker, Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer, mit ein, d. h. er hatte sich in einen slawischen Nationalstaatsbegriff verwandelt. Die Erste Tschechoslowakische Republik in ihren alten Grenzen war zerstört worden, die „Nation“ war erhalten geblieben, „gereinigt“ von allem Fremden, von den Deutschen und Magyaren. Man glaubte nun auf niemand mehr Rücksicht nehmen zu brauchen.

Unter diesen Aspekten mußte es zunächst scheinen, daß es ein leichtes sein werde, leichter als bisher jedenfalls, mit den Nachbarn in gutem Einvernehmen zu leben. Das Nationalitätenprinzip, das zwanzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg plötzlich wieder unerwartete Triumphe gefeiert hatte³² und nach dessen Grundsätzen die Krise in Mitteleuropa zunächst

²⁹ V. V. Štech in ČSl, zitiert nach PP vom 28. Oktober 1938, S. 5. Vgl. auch Rudolf Halík, Do nového života [In ein neues Leben], in: Vv vom 2. Oktober 1938, S. 1.

³⁰ Vgl. Fußnote 15, das Programm zeigte gewisse Ähnlichkeiten mit dem Programm der tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei, indem es die Fehler und Illusionen der Vergangenheit auszuschließen versuchte und eine Konzentrierung aller positiven nationalen Kräfte forderte. Die ideellen Hauptpunkte waren: nationale Gemeinschaft, soziale Gesellschaft, Organisation der Stände, christliche Moral.

³¹ In: Brá vom 12. November 1938.

³² Vgl. Eugen Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950, vor allem den Abschnitt 26, in dem die Versuche des Dritten Reiches als dritte Phase zur Lösung der Nationalitätenfrage beschrieben werden (S. 235—241).

überwunden worden war, hatte jedoch die eigentlichen Probleme nicht aus der Welt schaffen können; ein deutliches Zeichen dafür, daß es jetzt im Grunde schon wieder um ein ganz anderes Prinzip ging: um die Macht.

Das trat zunächst noch nicht allzu deutlich in den Vordergrund. Es überwog in der breiten Öffentlichkeit noch einige Zeit die Überzeugung, daß dem Staat in seinen neuen Grenzen innenpolitisch und wirtschaftlich die Grundlage erhalten geblieben sei, auf der, von einer neuen Staatsidee getragen, ein neues politisches und wirtschaftliches Leben aufgebaut werden könne. Der Umbau des Parteiensystems und ein intensivierter wirtschaftlicher Aufbau waren deshalb innenpolitisch die Hauptprogrammpunkte neben der wichtigen Aufgabe der Organisierung des „trialistischen“ Staatsaufbaus. Der Tschecho-Slowakei blieb zunächst noch die Illusion, sich als Bund der drei autonomen Länder der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer betrachten zu dürfen.

4. Die Innenpolitik

a) *Der Parteiumbau.* Die Frage der künftigen Form des Parteilebens hing naturgemäß eng zusammen mit der Regierungsform, die der neue Staat zu schaffen im Begriff war. Aber auch als man sich traditionsgemäß wieder für die Demokratie entschieden hatte, blieb es noch immer ein strittiger Punkt, wie sich das Parteileben nun eigentlich gestalten sollte. Der Ruf nach Vereinfachung der Parteiverhältnisse war dabei genau so laut wie die Warnung davor, den Umbau nur rein schematisch, ohne Rücksicht auf die bisherigen organischen Zusammenhänge zu vollziehen³³:

„Die politischen Parteien sind in unserem nationalen Leben lebendige Organismen . . . Die Pfeiler abtragen, auf denen die politische Struktur des Staates bisher geruht hat, ohne sagen zu können, was sich daraus Gutes ergeben würde, wäre heute kein positiver Beitrag zur Beruhigung des politischen Organismus.“

Schließlich konnte man auch nicht die Parteien allein dafür verantwortlich machen, daß die innenpolitischen Probleme in der ersten Republik keiner Lösung entgegengeführt worden waren und sie deshalb verdammen und auflösen; was hätte an ihre Stelle treten sollen? Einheitlich lehnte die Presse eine Diktaturregierung ab und auch ein Zweiparteiensystem nach englischem Vorbild schien ihr wenig zur Nachahmung geeignet. Es sollte keine Differenzierung im Geiste fremder Ideologien herbeigeführt werden, sondern möglichst in der Weise, daß die Standes-, bzw. wirtschaftliche Schichtung der Nation zum Ausdruck käme³⁴. Das bedeutet, daß eine weitgehende Beibehaltung der bisherigen Differenzierung des Parteilebens bei

³³ J. Hudec in PL, zitiert nach PP vom 20. Oktober 1938, S. 3.

³⁴ Ders. in Vv vom 19. Oktober 1938, S. 4.

gleichzeitiger Konzentrierung in überparteiliche Gruppen als die sicherste Gewähr für einen reibungslosen Übergang erwogen wurde³⁵.

Hier zeichnet sich erstmals deutlich das Projekt einer großen nationalen Partei ab³⁶:

„Man muß den Weg einer neuen Demokratie gehen, einer autoritativen, harten und streng disziplinierten Demokratie, die schlagfertig und radikal von aller Korruption und Protektion gesäubert und alles dessen bar ist, was aus der Demokratie einen bloß demokratischen Anstrich gemacht hat . . . Man muß den Weg zu einem neuen Parteiwesen gehen, das nicht in Versprechungen, sondern in kontrollierbaren und jedem offenbaren Taten, ausschließlich Staat und Nation dienen wird . . . Es wird kein auf zehn und mehr Parteien³⁷ parzelliertes Parteiwesen sein dürfen, sondern ein gereinigtes und in zwei oder höchstens drei Parteien zusammengeschweißtes Parteiwesen . . . Man muß einige wenige politische Einheiten durch Zusammenschluß verwandter Richtungen und Parteien schaffen. Die bürgerlichen Schichten der Nation müssen sich zu einer großen Nationalpartei konzentrieren . . . Die Grundlage müssen die Mittelstandsschichten sein, Gruppen, welche die Wirtschaft, das Gewerbe, den Handel, die Industrie und die Intelligenz repräsentieren und auch jene Arbeiterelemente, die aufrichtig national sind und jeden Klassenkampf verwerfen.“

Diese Vorstellungen von einem neuen Parteileben waren geleitet von einem gewissen Sendungsbewußtsein: Deutschland hatte die nationale Selbständigkeit des Staates im Grunde noch nicht angegriffen; man glaubte daraus ersehen zu dürfen, daß es einem freien tschecho-slowakischen Staat in Mitteleuropa noch Sinn und Bedeutung zumesse. Man wollte nun jene Demokratie schaffen, von der man annahm, daß sie in der Vorstellung des Volkes lebe³⁸, zumal man hoffte, daß das Volk diesmal dem Streben nach Konzentrierung besonders geneigt sei³⁹:

„Niemals in den letzten zwanzig Jahren war in den breitesten Volksschichten der Boden derart vorbereitet, um nicht vielleicht ein Koalitionsabkommen, sondern eine wirkliche Einigkeit erzielen zu können . . . Der Weg dazu ist nicht der Zusammenschluß politischer Parteien. Der einzig mögliche Weg ist die rasche Grundsteinlegung einer neuen, absolut dominierenden Nationalpartei als der Partei aller arbeitenden Schichten. Man muß die neue Nationalpartei von unten herauf, aus dem Volke aufbauen . . .

³⁵ Rudolf Halík, „Jedinou všenárodní organizaci“, in: Vv vom 21. Oktober 1938.

³⁶ Rudolf Halík, in: Vv vom 22. Oktober 1938, vgl. auch PP vom 22. Oktober 1938, S. 5.

³⁷ Bei den letzten Wahlen in das Abgeordnetenhaus im Mai 1935 hatten insgesamt 14 Parteien (davon vier deutsche) Sitze erlangt, vgl. Erwin Winkler, Die Tschechoslowakei im Spiegel der Statistik. Karlsbad—Leipzig 1937, S. 51.

³⁸ K. Jiše in ČSl, zitiert nach PP vom 23. Oktober 1938, S. 5.

³⁹ Vgl. Lipský in Vv, zitiert nach PP vom 25. Oktober 1938, S. 5.

Denn wir können uns in Zukunft nicht den Luxus einer Zersplitterung in den Ansichten und einer politischen Zerbröckelung leisten.“

Betrachtet man die Ergebnisse aller Bemühungen zum Umbau des Partei-systems, so kann man positive Resultate erkennen, die nach einigen Schwankungen und Bedenken erzielt wurden.

Am frühesten war die Volkspartei daran gegangen, eine Reorganisierung vorzunehmen, die jedoch keinesfalls auf eine Auflösung der Partei oder ihren Zusammenschluß mit anderen Parteien tendierte⁴⁰. Bereits Mitte Oktober 1938 hatte der Exekutivausschuß der Tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen eine Sitzung abgehalten, auf der sich ihr Obmann Msgre. Stašek dagegen verwahrt hatte, mit der Parole der Parteiauflösung allzu-leicht umzugehen. Er sah die Hauptaufgabe für die Erneuerung des Partei-lebens in einer Neufassung des Programmes und des Geistes der Parteien, was durch Einbeziehung neuer Menschen in die Partei erzielt werden sollte. Demonstrativ traten er, seine Stellvertreter und das ganze Präsidium zurück; die Präsidien der einzelnen Kreise wurden aufgefordert, neue Funktionäre zu wählen⁴¹.

Gegen Ende Oktober hatten die Vereinfachungsbestrebungen noch keine greifbaren Formen angenommen. Es war jedoch schon zu erkennen, daß sich die Kräfte zunächst in drei Lager spalteten: es wurde eine große nationale Partei angestrebt, die katholische Gruppe wollte unabhängig bleiben, des-gleichen auch die Sozialisten. Selbstverständlich war es schwer, die sechs tschechoslowakischen Mehrheitsparteien klar in diese drei Lager einzugrup-pieren⁴². Die Partei der Nationalen Vereinigung und die Tschechoslowa-kische mittelständische Gewerbe- und Handelspartei hatten sich allerdings bereits zu direkten Verhandlungen mit der Republikanischen Partei über ihre Umorganisation bereit erklärt⁴³. Man wollte jedoch keine rein me-chanische Lösung erzwingen; deshalb sollten die bisherigen Parteien in Form von Sektionen im neuen Parteigefüge bestehen bleiben.

Am 25. Oktober 1938 waren die Sozialdemokraten auf Grund eines Be-schlusses ihres Exekutivausschusses aus der Internationale ausgetreten und hatten eine Sonderkommission für Verhandlungen zur Umbenennung der Partei gebildet.

In den ersten Novembertagen hatte das Direktorium der Tschechoslowa-

⁴⁰ Die Sozialdemokratische Partei hatte auf einer Sitzung zunächst nur eine be-sondere Kommission damit beauftragt, über eine Vereinfachung der politischen Verhältnisse Verhandlungen aufzunehmen. Die Nationalsozialistische Partei hatte ähnliche Beratungen abgehalten.

⁴¹ Bei der Neuwahl wurde S t a š e k allerdings wieder zum Obmann gewählt, in die Präsidien aber gelangten fast zur Hälfte junge Leute; vgl. PP vom 19. Ok-tober 1938, S. 3.

⁴² Die Tätigkeit der KPTsch war am 20. Oktober 1938 behördlich eingestellt wor-den, desgleichen die kommunistische Tages- und periodische Presse.

⁴³ PP vom 25. Oktober 1938, S. 2.

kischen Nationalsozialistischen Partei⁴⁴ nach dem Rücktritt des Parteivorstandes Beratungen und Verhandlungen über Vereinfachung des Parteiwesens aufgenommen. Bereits am 12. November vollzog sich die Vereinigung mit der Republikanischen Partei, der Gewerbspartei und der Nationaldemokratie zur Partei Berans, der Partei der Nationalen Einheit⁴⁵. Am gleichen Tag wurde die Nationale Arbeiterpartei durch Umbenennung der Sozialdemokratischen Partei in Prag gegründet⁴⁶. Damit war also das zunächst sich abzeichnende Zwischenstadium eines Dreiparteiensystems erreicht; die Entwicklung lief jedoch auf ein Zweiparteiensystem hinaus. Mitte November stand die definitive Entscheidung der Tschechoslowakischen Volkspartei noch aus, und auch die Orientierung der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei schien noch nicht eindeutig; besonders in ihrer Jugendorganisation war eine Neigung zur Nationalen Partei des arbeitenden Volkes, also zu den Sozialdemokraten, zu erkennen.

Am 16. November beschloß der Exekutivausschuß der Tschechoslowakischen Volkspartei nach sechsstündigen Beratungen die Selbständigkeit der Partei zu erhalten bei möglichst enger Zusammenarbeit mit der Partei der Nationalen Einheit⁴⁷. Damit schien die Entscheidung für das Dreiparteiensystem gefallen zu sein.

Der Aufruf der Partei der Nationalen Einheit am 17. November 1938 zeigt jedoch⁴⁸, daß sich ihr der böhmische Flügel der Tschechoslowakischen Volkspartei angeschlossen hatte; der mährische Flügel blieb zunächst noch bei seinem alten Beschluß⁴⁹.

Die Differenzen innerhalb der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei ordneten sich dahingehend, daß linksgerichtete nationalsozialistische Abgeordnete⁵⁰ am 26. November eine Erklärung veröffentlichten, in der sie den Beschluß der Vertretung der Nationalsozialistischen Partei über den Eintritt in die Partei der Nationalen Einheit ablehnten und sich für eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten aussprachen; dieser linke Flügel gliederte sich sodann der Nationalen Partei des arbeitenden Volkes ein.

Damit war also bereits nach fünfwöchigen Verhandlungen das Problem

⁴⁴ Es bestand aus dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Langr, dem Abgeordneten Dr. Klapka, dem Prager Primator Dr. Zenkl und dem Verlagsdirektor Salda.

⁴⁵ Vgl. ČSl vom 13. November 1938 und Vv vom 16. November 1938.

⁴⁶ Ihr Vorsitzender wurde der Abgeordnete Hampl. Später wurde sie endgültig als „Nationale Partei des arbeitenden Volkes“ konstituiert.

⁴⁷ PP vom 17. November 1938, S. 1.

⁴⁸ PP vom 18. November 1938, S. 3.

⁴⁹ Vgl. PL vom 19. November 1938. — Beran stellte für den Eintritt in seine Partei der Nationalen Einheit keinen Termin. Für den 27. 11. wurden die Parteivertreter nach Brünn einberufen, wo der Beschluß des Zentralaussschusses einer Revision unterworfen werden sollte.

⁵⁰ Ferdinand Richter, Karel Moudrý, Josef Patejdl und J. B. Kozák.

des Parteiumbaus gelöst; in Böhmen und Mähren herrschte das Zweiparteiensystem, so daß auch hier eine Übereinstimmung mit der Slowakei erreicht worden war⁵¹, die für die weitere innenpolitische Entwicklung in dem angestrebten Bundesstaat überaus wichtig sein konnte.

Noch bevor es zu dieser endgültigen Regelung gekommen war, zeichnete Rudolf Halík mit einem scharfen Blick für das Wesen des neuen Staates den Charakterzug seiner Staatsform in treffenden Worten⁵²:

„Die Partei der nationalen Einheit wird kein Konglomerat alter Parteien sein, sondern eine neue Bewegung des nationalen Willens. Niemand soll glauben, daß eine Herrschaft des Liberalismus und Kapitalismus einsetzt. Wir sind ein Volk der kleinen und mittleren arbeitenden Schichten, an die wir zuerst denken müssen. Die neue Partei wird kein Gegner einer gesunden Sozialpolitik sein . . . Auf Jahre hinaus wird die Tschechoslowakei ein Regime bürgerlicher Struktur haben.“

b) *Der Trialismus*. Der Kardinalpunkt neben der Umgestaltung des Parteiwesens war die Lösung des Zusammenlebens der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer. Es kam in erster Linie darauf an, innenpolitisch eine weitgehende gegenseitige Anpassung zu erreichen, wenn ein Bundesstaat überhaupt möglich werden sollte.

Es handelte sich einerseits um die neue Verfassung, die diesmal allen Interessen Rechnung tragen sollte⁵³:

„Man muß für die Vorbereitung der neuen Verfassung im Zeichen einer einheitlichen Regelung des trialistischen Staates der Tschechen, Slowaken und Karpatorussen sorgen.“

Aber auch die politische Gesamtkonzeption durfte bei der Regelung des Verhältnisses der tschechischen Länder zu der autonomen Slowakei und zur Karpato-Ukraine nicht außer acht gelassen werden⁵⁴:

„Wer vor der Entwicklung in der Slowakei die Augen verschließt, schließt sie auch vor ihren staatspolitischen Folgen.“

Eine wichtige Rolle spielte für den Zusammenschluß der drei Länder der wirtschaftliche Aufbau, der vor allem in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine vorangetrieben werden mußte, wollte man auch industriell im Laufe der Zeit ein Gleichgewicht erreichen⁵⁵. Von diesem Blickpunkt aus war auch der Leitartikel in „Venkov“ verfaßt, in dem es u. a. hieß⁵⁶:

⁵¹ In der Slowakei hatten sich als endgültig die Slowakische Einheitspartei und die Slowakische Nationalpartei konstituiert.

⁵² R. Halík in Vv vom 8. November 1938.

⁵³ PL zitiert nach PP vom 4. November 1938, S. 5.

⁵⁴ V. Lipský in VV, zitiert nach PP vom 2. November 1938, S. 3.

⁵⁵ Man nahm damit eine Entwicklung vorweg, die schon seit vielen Jahren in der kommunistischen Tschechoslowakei betrieben wird. (Allerdings dient dieser Aufbau jetzt nicht nur innenpolitischen Zwecken, sondern er zielt vor allem darauf

„Wir . . . möchten heute vor der törichten Ansicht warnen, daß eine bloße schriftliche Abmachung über die beiderseitigen Pflichten zu einer Liebe genügen würde, wie sie heute die Republik zwischen Tschechen und Slowaken braucht. Jedes schriftliche Übereinkommen aus bloßer Pflicht oder über Pflichten kann vielleicht zwar auf Lebenszeiten eine Vernunftsehe schaffen, Wege zu einem Zusammengehen, aber es genügt häufig nicht dazu, um eine gegenseitige Liebe zu schaffen. Um uns klar zu verstehen: Auch dieses schriftliche Abkommen war notwendig, denn ordentliche Verträge machen Freunde. Es ist die erste Voraussetzung und der Beginn besserer Tage als es die früheren waren. Aber es genügt nicht für alles und wir dürfen nicht denken, daß wir dadurch schon alles getan haben. Für die Einheit der Tschechen und Slowaken, die in Zukunft schon nichts mehr zerbrechen wird, müssen wir diesen Vertrag durch Taten untermauern, müssen wir weitere feste Brücken schlagen zu gegenseitiger Zusammenarbeit, zu einträchtigem Zusammenleben und zur Gegenseitigkeit.“

Das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken bildete auch den Gegenstand des Leitartikels der „Národní politika“ vom gleichen Tage⁵⁷, allerdings in einer ganz anderen Färbung:

„Wir glauben, daß sich nun unsere Herzen öffnen und daß sie im gleichen Pulsschlag schlagen werden in Böhmen, Mähren und in der Slowakei, da nun die Hauptursache der Differenzen beseitigt ist und die Slowakei nach ihrer Fassung leben wird, wie sie es sich selbst wünscht und worin wir ihr niemals Schwierigkeiten in den Weg legen wollen . . . Dann wird auch anerkannt werden, daß die Slowakei bereits vor zwanzig Jahren im wahrsten Sinne des Wortes befreit wurde und daß es heute, da es [sie, d. Verf.] selbst die Regierung in dem eigenen Land übernimmt, nur die Früchte jener Saat erntet, die durch die zwanzigjährigen Bemühungen von Tschechen und Slowaken gelegt wurden. Ohne diese Arbeit und ohne diese Bemühungen gäbe es die heutige Slowakei nicht.“

Am 19. November 1938 nahm das Abgeordnetenhaus in kurzer Sitzung die Verfassungsgesetze über die Autonomie der Slowakei⁵⁸ und der Karpato-Ukraine an. Der Verfassungsentwurf für die Karpato-Ukraine war weitgehend nach dem Vorbild des slowakischen Entwurfes abgefaßt worden. Mit der Legalisierung des Gesetzes erlosch die Geltung der bisherigen zentralistischen Verfassung.

hin, diese Gebiete wirtschaftlich in das sozialistische System einzubauen). Vgl. Abschnitt 5 auf S. 416—418.

⁵⁶ Zitiert nach PP vom 18. November 1938, S. 5.

⁵⁷ NP vom 18. November 1938.

⁵⁸ Es trat rückwirkend vom 7. November 1938 in Kraft. Der Slowakei wurde jene staatsrechtliche Stellung zugesichert, die ihr im Geiste des Pittsburger Vertrags zustehe.

5. Der wirtschaftliche Aufbau

Er stellte die letzte der drei Hauptaufgaben dar, die der Staat in der neuen Situation zunächst zu lösen hatte und war zugleich die langwierigste und schwerste. Ihre Inangriffnahme setzte mit aller Intensität ein, nachdem der neue Staat nach außen und innen (endgültige Grenzregelung, Umbau des Parteiensystems, neue Verfassung, Autonomie der Slowakei und der Karpato-Ukraine) eine gewisse Festigkeit erhalten hatte.

Vorbereitende Maßnahmen waren aber schon in der Oktobermitte getroffen worden. Innerhalb der einzelnen Ministerien waren zwölf engere Subkommissionen (in der Mehrzahl beim Innenministerium) gebildet worden, von denen jede aus vier bis fünf Mitgliedern (Beamten des Ressorts) bestand⁵⁹. Das Aufbauprogramm in der Slowakei hatte der slowakische Wirtschaftsminister Teplanský in einer Rundfunkrede am 19. Oktober umrissen; es sollte 50 000 Menschen Arbeit geben⁶⁰.

Unter der Losung „Arbeit und Brot für 11 Millionen Menschen“ war ein Aufbau-Programm geplant, das die Länder des neuen Staates verkehrsmäßig und wirtschaftlich zusammenschließen sollte⁶¹. Die ersten deutlich spürbaren Maßnahmen wurden im Staats- und öffentlichen Dienst durchgeführt mit dem Ziel: Vereinfachung und Einsparung. Im Auswärtigen Dienst wurden bereits genehmigte Konsulatsstellen zurückgenommen, Konsulate und Generalkonsulate wurden in allen Städten aufgehoben, wo sich bereits Gesandtschaften befanden⁶². Am 4. November beschloß der Ministerrat die Zusammenlegung von Ministerien; statt bisher 14 gab es nur noch 11 Ministerien⁶³.

Dennoch war überdeutlich, daß der wirtschaftliche Aufbau große Schwierigkeiten würde überwinden müssen, waren doch durch die Abtretungen innerwirtschaftlich gesehen Zusammenhänge zerrissen und Verkehrsverbindungen durchtrennt worden, die erst wieder hergestellt werden mußten⁶⁴:

⁵⁹ Diese Subkommissionen betrafen vor allem die drei Fragenkomplexe: Grenzfragen, Schutz des Eigentums tschechoslowakischer Staatsbürger, Erneuerung der Handels- und Verkehrsbeziehungen.

⁶⁰ Das Programm sah vor: Ausbau des Verkehrsnetzes, Ausnützung der Wasserenergie, Elektrifizierung der Städte, Übernahme der Bergbau- und Hüttenbetriebe, Schaffung einer großen chemischen Industrie.

⁶¹ Ab 21. Oktober erschien eine tägliche Spalte unter dieser Losung in der „Prager Presse“ mit ausführlichen Berichten über die jeweils aktuellsten Maßnahmen.

⁶² Das war z. B. in Berlin, Paris und London der Fall.

⁶³ Die Ministerien für Eisenbahn und Post wurden zum Verkehrsministerium zusammengelegt, das Ministerium für Gesundheitswesen mit dem Ministerium für Körpererziehung und Sozialfürsorge zum Ministerium für soziale und gesundheitliche Verwaltung; das Ministerium für Vereinheitlichung der Gesetze wurde aufgelöst.

⁶⁴ H o u d e k in: ČSl vom 9. Oktober 1938. — Vgl. auch Ferd. K a h á n e k, Ukoly nejbližších hodin a dnů [Die Aufgabe der nächsten Stunden und Tage], in: Vv vom 9. Oktober 1938, S. 1.

„Die Linie, welche die neue Grenze festlegt, läßt nicht bloß die nationale Grenze außer acht und verstößt in folgedessen gegen den Grundsatz der nationalen Abgrenzung, sie zerreißt darüber hinaus wirtschaftliche Zusammenhänge und insbesondere die Verkehrsverbindungen derart, daß Deutschland wirtschaftlich durchaus keinen Nutzen zieht, wir aber in eine Situation geraten, als wären wir gefesselt... Staat und Bevölkerung brauchen nun in erster Reihe initiativen Unternehmergeist.“

Noch während des Schwebezustandes wurden daher Stimmen laut, die eine sofortige Inangriffnahme der vordringlichsten Projekte forderten⁶⁵:

„Die Tschechoslowakei hat keine Zeit, mit den erforderlichen Maßnahmen im Innern zu warten, bis dieser Schwebezustand [endgültige Festlegung der Grenzen, Verf.] in einen endgültigen Zustand übergeleitet worden ist, sie fühlt die Notwendigkeit, unverzüglich und mit der größten Energie an den Wiederaufbau heranzugehen und mit der Arbeit an der inneren Konsolidierung des Staates zu beginnen. Sie weiß, daß es an ihr liegt, dem Druck der Kräfte im zentraleuropäischen Raum ihr eigenes Gleichgewicht entgegenzustellen und die Güter zu sichern, die sie für ihren unabhängigen Staat und ihr nationales Leben braucht. Sie fühlt, daß sie den neuen Aufgaben nur gewachsen sein wird, wenn sie an sie ohne den Ballast ungeklärter Probleme und unerledigter Notwendigkeiten herangeht, daß sie sich den Luxus der Passivität und des Zuwartens nicht leisten kann, wenn sie unter den veränderten Umständen ihre politische, nationale und wirtschaftliche Freiheit bewahren will.“

Schon Ende Oktober hatten die ersten drei Arbeitslager ihre Tätigkeit aufgenommen⁶⁶. Von ihnen wurden arbeitslose Männer über 18 Jahre angeworben und für die zunächst dringlichsten Projekte eingesetzt. Als Symbol für die neue Arbeitsintensität wurde auf Grund eines Aufrufs des Tschecho-Slowakischen Nationalrates der Staatsfeiertag am 28. Oktober diesmal „durch Arbeit gefeiert“⁶⁷.

„Zunächst müssen wir unsere Kräfte dort anspannen, wo wir selbst entscheiden, im Bereich unserer eigenen Wirtschaft“⁶⁸.

Dieses Zitat ist bezeichnend für die im Volk vorherrschende Stimmung: Abstand von jeder aktiven Politik, weitgehende Anpassung an die gegebene Lage, Verlegung aller Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau. Die politische Ernüchterung, die die Septemberkrise und ihre Folgen im Volke verursacht hatten, breitete sich nun auch auf das wirtschaftliche Gebiet aus

⁶⁵ Leitartikel „Konzentrierung der Kräfte“ in PP vom 19. Oktober 1938.

⁶⁶ Dem Lager Prag-Nord, das aus 1000 Mann bestand, fiel der Ausbau der Staatsstraße entlang dem Flugplatz Ruzyně und anderer Straßen bei Prag zu; dem Lager Prag-Süd (750 Mann) waren die Uferstraße und die Bezirksstraßen in Prag zugeweiht worden; das Lager bei Zlín führte Straßen- und Eisenbahnbauten in diesem Gebiet durch.

⁶⁷ PP vom 28. Oktober 1938, S. 1.

⁶⁸ NP vom 11. November 1938.

und ließ Programme entstehen, die sich durch große Nüchternheit auszeichneten⁶⁹:

„Die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik haben sich durch das Münchner Abkommen von Grund auf geändert. Unsere Wirtschaft wird sich in den nächsten Jahren unter dem entscheidenden Einfluß der machtpolitischen Veränderungen in Europa und unter dem Einfluß des Zwanges entwickeln, den Verlust von Industriezweigen durch neue Industrien ersetzen zu müssen. Alle unsere neuen Wirtschaftsbedingungen sind auf einen einzigen Ausweg gerichtet, auf die Hebung der Produktion und auf neues Schaffen . . . Wir werden neue Betriebe gründen, die wir vor allem zu Hause brauchen werden und deren Produkte wir im Ausland absetzen können, und wir werden öffentliche Investitionen unternehmen, welche auf ganze Gebiete nicht ohne Segen bleiben werden, so wie früher der Bau von Eisenbahnen ganzen Gebieten einen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hat. Viel wird auch davon abhängen, den Fortschritt in der Landwirtschaft nicht zum Stillstand kommen zu lassen, sondern allseits zu fördern. Deshalb werden wir . . . in der Wirtschaftspolitik nicht die Industrie gegen die Landwirtschaft auspielen. Beide Produktionselemente sind nun im Gleichgewicht und dieses Gleichgewicht muß in der Wirtschaftspolitik seinen Ausdruck erhalten. Die Industrie muß sich den Umstand vor Augen halten, daß die Rentabilität in der Landwirtschaft kaufkräftiges Publikum schafft und der ganzen Wirtschaft die Ernährungsgrundlage sicherstellt.“

Den Staat wirtschaftlich und verkehrspolitisch zu einem homogenen Gebiet auszubauen und in den mitteleuropäischen Raum einzuordnen, sollte das oberste Prinzip der gesamten Wirtschaftspolitik werden. Was darüber hinaus noch erforderlich war, um die gesteckten Ziele auch wirklich zu erreichen, war die Arbeitsintensität. Es fehlte nicht an Stimmen, die dringend dazu aufriefen und auf die Erfolge anderer Länder mit weit kleineren Wirtschaftssystemen wie z. B. die Schweiz, Belgien und die skandinavischen Länder hinwiesen⁷⁰. Vor allem die Außenhandelspolitik sollte vollständig neu geordnet werden; nicht auf Konkurrenz, sondern auf verständnisvolle Zusammenarbeit wollte man bedacht sein.

6. Die Außenpolitik

Gerade dieses Thema ist durch die Arbeiten von Bodensieck und auch Schiefer deutscherseits bereits am weitgehendsten behandelt worden; es wäre unnötig, die Einzelheiten nochmals zu wiederholen. Interessant ist aber ein Vergleich der wissenschaftlich erarbeiteten Urteile und Periodisierungen mit der Einstellung der Presse zu diesem Problem.

⁶⁹ O. P o d p ě r a in NP vom 17. November 1938, zitiert nach PP vom 17. November, S. 3.

⁷⁰ Leitartikel in PP vom 21. Oktober 1938.

Bodensieck gliedert die Entwicklung der tschecho-slowakischen Außenpolitik in fünf Phasen: innen- und außenpolitische Neutralität (bis zur Präsidentschaftswahl Hácha am 30. 11. 1938), Gestaltung des Staates weitgehend nach eigenen Interessen (von der Einberufung des Kabinetts Beran am 1. 12. 1938 bis zur Reise Chvalkovskýs nach Berlin am 21. 1. 1939), Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (22. 1.—28. 2. 1939), Rückzug auf die bloße Erhaltung der Eigenständigkeit (28. 2.—12. 3. 1939), Anlehnung eines bloß tschechischen Staates an das Dritte Reich (13.—15. 3. 1939).

Bei der Beobachtung der Tagespresse zeigt es sich jedoch, daß alle in der praktischen Außenpolitik vorgenommenen Schwenkungen, Anpassungen etc. schon von Anfang an erwogen und erörtert wurden. Alle diese Stimmen lassen sich in drei Hauptgruppen zusammenfassen, die für die allgemeine politische Einstellung der Presse dieser Monate (vor allem aber des vierten Quartals von 1938) kennzeichnend sind. Einmal ist dies die schon in anderen Zusammenhängen festgestellte Haltung der Selbstbesinnung, der Beschränkung auf sich selbst; zum anderen blieben aber auch noch Sympathien für die ehemaligen Verbündeten im Westen erhalten, d. h. die klassische Linie der Beneš-Politik hatte immer noch einen gewissen Rückhalt. Zunehmend verstärkte sich aber eine opportunistische Haltung, die Anlehnung an den zur Zeit Stärkeren, an Deutschland⁷¹.

a) *Allgemeine Grundzüge.* Außenpolitisch kam die Haltung der Selbstbesinnung darin zum Ausdruck, daß man versuchen wollte, eine strenge Neutralität zu wahren. Man fühlte sich durch die Erfahrung sozusagen verpflichtet, sich in Zukunft nur nach den eigenen Interessen zu richten⁷²:

„Man wird das machen müssen, was dem Staat frommt... Unser Staat besitzt heute darin sein größtes Kapital, daß er ein neutraler Staat sein und daß sein Verhältnis zu allen Nachbarn und zu allen Staaten das gleiche sein soll.“

Weitgehend entsprang diese neue Haltung natürlich auch der stark gewordenen Resignation auf politischem Gebiet⁷³:

„Die Enttäuschung, die wir in der internationalen Politik erlebt haben, war uns eine Lehre, die Konsequenzen haben uns in Wirklichkeit aus dem

⁷¹ Der Verfasser der bisher umfangreichsten tschechischen Arbeit zu diesem Thema, Hájek, unterscheidet ebenfalls drei Strömungen, die das tschechische politische Leben im Innern wie auch nach außen bestimmt hätten: die revolutionäre Arbeiterbewegung mit der KPTsch an der Spitze, die sich gegen den deutschen und eigenen Faschismus gerichtet habe; die faschistische Reaktion (Agrarpartei, Partei der Nationalen Einheit etc.), die innen- wie außenpolitisch den Weg des Faschismus beschritten habe; die Anhänger der früheren Beneš-Politik, die sich in der nachmünchener Zeit gespalten hatten: zahlreiche Anhänger emigrierten, die übrigen hätten sich den faschistischen Angriffen gegenüber opportunistisch verhalten.

⁷² Vv zitiert nach PP vom 20. Oktober 1938, S. 3.

⁷³ PL, zitiert nach PP vom 1. November 1938, S. 5.

internationalen Leben ausgeschaltet. Die internationale Politik wird in unserem Staat eine viel kleinere Rolle spielen als bisher. Sie wird sich eigentlich nur auf Handelsverträge und auf den Aufbau eines freundschaftlichen Zusammenlebens mit den Nachbarn beschränken. Sie wird fern von den Kreuzungspunkten der Weltpolitik stehen, nicht mitten darin, wie bisher. In dieser Beziehung wird unsere Nation in der Außenpolitik fast die gleiche Position haben wie vor dem Kriege in der Monarchie."

Dieses Bestreben, mit allen Staaten in Frieden zu leben, fand auch einen deutlichen Ausdruck in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Armeegeneral Syrový am 17. November 1938⁷⁴. Nachdem die Zeit der stärksten Spannungen, die von der Septemberkrise bis zum Wiener Schiedsspruch gedauert hatte, vorüber war, machte sich ein Gefühl der Erleichterung bemerkbar; die Periode der Ungewißheit und der schweren Opfer war zu Ende, und man glaubte noch recht gut davongekommen zu sein. Auch dieses Gefühl war mit ausschlaggebend für den weiteren außenpolitischen Weg der Republik, der äußerste Vorsicht verlangte, um nicht wieder in Konflikte hineingezogen zu werden⁷⁵:

„Es ist und wird das Interesse der Republik sein, zu allen das herzlichste Verhältnis herzustellen, wie dies die geographische Lage, der Charakter und die Bedeutung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen des tschecho-slowakischen Volkes und Staates zu allen diesen Nachbarn diktiert.“

Man muß annehmen, daß die Beneš-Politik der Anlehnung an die Westmächte trotz ihres Scheiterns immer noch gewisse Sympathien für sich behalten hatte, die jedoch in der Presse der Berichtszeit so gut wie nicht geäußert wurden. Die Beneš-Linie wurde auch von keiner der bestehenden Parteien offen vertreten. Der Bruch mit der Beneš-Politik bedeutete jedoch nicht, daß man auch mit den ehemaligen westlichen Verbündeten brechen wollte: es sollte der Neuaufbau des Staates von Grund auf unter Berücksichtigung der veränderten Kräfteverhältnisse in Europa erfolgen und zwar unter der Hauptregel⁷⁶:

„Ein kleines Volk und ein kleiner Staat muß zu allen gute Beziehungen pflegen, auch mit denen, die uns verraten oder enttäuscht haben.“

b) *Das Verhältnis zu Deutschland.* Das Verhältnis zu Deutschland war der Angelpunkt, um den sich die gesamte Außenpolitik des neuen tschecho-slowakischen Staates in den knappen sechs Monaten von Oktober 1938 bis März 1939 drehte⁷⁷. Von ihren bisherigen Verbündeten im Stiche gelassen,

⁷⁴ In PP vom 18. November 1938: „Wir sind bestrebt, mit allen Staaten in Frieden zu leben.“

⁷⁵ Leitartikel „Das Ende einer Epoche“ in PP vom 6. Dezember 1938.

⁷⁶ Oldřich Sucha, *K lepšimu svědomí*, in: Brá, zitiert nach Vv vom 16. Oktober 1938, S. 4.

⁷⁷ Vgl. Schiefer, a. a. O., der allerdings die Tagespresse nicht berücksichtigt.

blieben der politischen Aktivität der neuen Staatsmänner nur ganz wenige Möglichkeiten in ihrer Haltung zu Deutschland zwischen „wohlwollender Neutralität“ und offener Anlehnung. Hier ging es letzten Endes nicht mehr um die Frage, welches Ausmaß von Sympathien man dem nationalsozialistischen Deutschland entgegenbrachte; die Politiker mußten sich dessen bewußt sein, daß es auf ihre Geschicklichkeit ankommen würde, wollte man die Existenz der neuen Republik nicht zu sehr gefährden. Diese Überlegung war noch nicht die Reaktion auf eine etwaige direkte Bedrohung durch Deutschland, sondern eine rein vernunftsmäßige Überlegung im Hinblick auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in Europa bzw. Mitteleuropa⁷⁸:

„Wir können nicht mit den Engeln singen, also müssen wir mit den Wölfen heulen . . . Unser Platz wird dort sein, wo die größere Macht ist und die größere Entschlossenheit. Suchen wir, es bleibt uns nichts anderes übrig, einen Vertrag mit Deutschland, werden wir sein Großlieferant und sein Großabnehmer und lehnen wir jede Kombination ab, die uns in irgendeine antideutsche Front einreihen möchte.“

Der mächtige deutsche Nachbar, von dem der tschecho-slowakische Staat ringsum eingeschlossen war, machte im Grunde jeden Versuch, eine neutrale Außenpolitik zu betreiben, illusorisch. Man konnte die mehr oder weniger direkte und zwangsläufige Anlehnung an Deutschland in der Außenpolitik und die weitgehenden innenpolitischen Zugeständnisse nur damit rechtfertigen, daß man Deutschland zu überzeugen versuchte, daß der Weiterbestand eines tschecho-slowakischen Staates in seinem Interesse liege⁷⁹. Das war aber ebenfalls kaum durch strenge Neutralität zu erreichen.

Besonders beschäftigt hat die tschechische Presse das Problem des Verhältnisses zu Deutschland anläßlich des Empfanges des tschecho-slowakischen Außenministers Chvalkovský durch Ribbentrop in Berlin. Es wurde immer deutlicher, daß die tschechoslowakische Außenpolitik neben dem mächtigen Deutschland fortan weniger Bewegungsfreiheit haben würde⁸⁰:

„Unsere bisherigen Bündnisse werden zerfallen, als hätten sie niemals bestanden. Die Garantien der Westmächte werden vielleicht gut sein, eine weit größere Bedeutung wird aber für unsere politische Situation das Geschehen haben, das sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft abspielt. Deutschland wird direkt und indirekt auf unseren ganzen Lebensraum einwirken. Mit dieser Tatsache muß man rechnen . . . Die Reise des Reichswirtschaftsministers Funk nach Jugoslawien und in die Türkei zeigt die Größe der Niederlage Frankreichs und Englands auf. Das bedeutet diplomatisch ungefähr soviel, daß Frankreichs und Englands Garantien für unsere Grenzen nicht lange besonderen Wert haben werden und daß eine

⁷⁸ Petr Bílý (Pseudonym für Jan Stranský, den Sohn Jaroslav Stranskýs) in seinem Leitartikel in LN vom 4. Oktober 1938.

⁷⁹ Vv. vom 21. Oktober 1938.

⁸⁰ Dr. Bauer in NP, zitiert nach PP vom 14. Oktober 1938.

direkte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland und das Interesse Italiens an der Tschechoslowakei weit wertvoller sein werden. Unser nationales Leben wird sich auf der einen Seite der direkten Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich anpassen müssen und darf auf der anderen Seite die nationalen Interessen nicht aus dem Auge verlieren. Wir werden ein gutes Verhältnis zu Deutschland sehr zu schätzen wissen, haben aber das Recht, für unser Selbstbestimmungsrecht und unser nationales Eigenleben Rücksicht zu verlangen.“

Opportunismus wäre ein zu hartes Wort, wollte man diese Haltung kurz charakterisieren; es ging schließlich um die Existenz des Staates, und es war vor allem der Selbsterhaltungstrieb, der allen diesen Gedanken zu Grunde lag⁸¹:

„Die Tschechoslowakei hat Gebiete abgetreten, aber der Rumpf ist lebensfähig und hat den Willen zum Leben. Die Tschechoslowakei ist überzeugt, daß sie sich ins neue Leben durchschlagen wird, daß sie eine Individualität bleiben wird. Wir wollen leben und nicht vegetieren. Und deshalb ist für uns die finanzielle Hilfe bedeutsamer, die Zusammenarbeit mit Deutschland wichtiger und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller annehmbarer als Worte der Barmherzigkeit und Ratschläge fürs Leben.“

Am 8. November hatte Reichsaußenminister von Ribbentrop in Berlin vor der ausländischen Presse eine Rede gehalten, in der er die zukünftige Außenpolitik Deutschlands umriß und vor allem den Willen zur Zusammenarbeit hervorhob. In dieser Rede wurden die Interessen der Tschecho-Slowakei grundsätzlich anerkannt; die Tschechen erwarteten sich davon auch die Anerkennung bestimmter wirtschaftlicher und kultureller Lebensnotwendigkeiten des Staates, d. h. keine allzu tiefe Einmischung in die inneren Belange. Das erhoffte man sich sozusagen als Gegenpfand für die gebrachten Opfer. Außerdem rechnete man auch mit einer politischen Großzügigkeit Deutschlands, von dem man, kraft seiner Großmachtstellung in Mitteleuropa, die Schaffung eines besseren und gesünderen Zusammenlebens der Völker erwartete⁸².

Ein neuer Gesichtspunkt rückte in den Vordergrund, als sich Stimmen meldeten, die die Anlehnung der Tschecho-Slowakei an Deutschland nicht nur als eine rein außenpolitische Formsache betrachteten, sondern auch eine neue Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen System in ideologischer Hinsicht empfahlen⁸³:

„Das neue Verhältnis zu Deutschland bedeutet notwendigerweise auch ein neues Verhältnis zum deutschen Nationalsozialismus. Dasselbe gilt von Italien und dem Faschismus. In beiden Fällen kann man nicht bei offiziellen

⁸¹ Dr. Ka h á n e k in Vv, zitiert nach PP vom 5. November 1938.

⁸² Vgl. ČSl vom 10. November 1938.

⁸³ Vgl. L i p s k ý in Vv vom 2. November 1938. — Vgl. auch Vv vom 11. November 1938.

Kundgebungen stehen bleiben, sondern muß diesen neuen Gesichtspunkt auch praktisch zur Geltung bringen. Wir haben jahrelang begeistert die Werte der sogenannten demokratischen Staaten zu schätzen verstanden, die gerade uns vielfach enttäuscht haben. Geben wir wenigstens nüchtern die Werte der Regime zu, die bei uns bislang auf dem Index standen und die Größe ihrer Repräsentanten."

Wenige Tage vor der Errichtung des Protektorates Böhmen-Mähren wurde die Anlehnung an das Deutsche Reich noch eindringlicher gefordert, wobei man allerdings den Eindruck hat, daß der unbekannte Verfasser konkreten Worten ausweichen wollte⁸⁴:

„Man sagt, daß wir mit unserem größten Nachbarn in loyalen, korrekten und freundschaftlichen Beziehungen und ehrlicher Zusammenarbeit leben müssen. Das ist zwar richtig, aber es ist notwendig, daß wir uns in diese Situation so hineinleben, damit wir, ohne an diese Anordnung zu denken, alles in diesem Sinne tun.“

Schließlich sei auch hier noch einmal eine viel zitierte Stelle von Klofáč aus zwei Artikeln angeführt, in denen er die politische Situation der Tschechoslowakei umriß und das Verhältnis zu Deutschland hervorhob⁸⁵:

„Wir müssen in Mitteleuropa ein Beispiel für ein musterhaftes Zusammenleben von Slawen und Deutschen geben, was umso leichter ist, als die Deutschen und wir hinsichtlich der kulturellen Reife höher stehen als ein anderes Volk. Wir sind auch vielfach blutmäßig verbunden.“

Schlußbemerkungen

Während der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik hatten sich weit mehr tschechische und slowakische Politiker und Persönlichkeiten als an sich zu erwarten gewesen war bereit gefunden, die Nationalitätenfragen in Mitteleuropa einer Lösung entgegenzuführen und unter neuen Bedingungen zu einer Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten zu gelangen, sei es in ehrlicher Überzeugung, sei es aus opportunistischen Beweggründen.

Das ist der erste Eindruck, den man auch durch die Lektüre der tschechischen Presse im Hinblick auf die öffentliche Meinung gewinnen muß. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß hier die Scheidung zwischen echter Überzeugung und Nützlichkeitsdenken schwerer durchzuführen ist, denn nicht selten greifen beide, vor allem in der politischen Sphäre, ineinander.

Der kurze Zeitabschnitt der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik, der von der tschechoslowakischen kommunistischen Geschichtsschreibung und

⁸⁴ Pfi vom 8. März 1939, S. 147.

⁸⁵ V. Klofáč in ČSl vom 26. Februar und 5. März 1939.

Publizistik als „eines der dunkelsten Kapitel der tschechischen Geschichte“⁸⁶ bezeichnet zu werden pflegt, hat aber auch noch etwas anderes vor Augen geführt, das sich ebenfalls durch die Presse bestätigen läßt: nicht nur außenpolitisch, auch innenpolitisch versuchte man das Zusammenleben verschiedener Völker, der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer, in neue Wege zu leiten. Eine empfindliche Lücke weist in diesem Zusammenhang die vorliegende Untersuchung allerdings deshalb auf, weil die slowakische Tagespresse nicht ausgewertet werden konnte.

Eine ernste Frage erhebt sich bei der Bewertung der Presse im Hinblick auf die überraschend geringe Kritik, die sie an der traditionellen Politik von Masaryk und Beneš erhoben hat. Soll das bedeuten, daß man sie im Grunde gar nicht verurteilte? Man konnte ihr zwar die Schuld für das Scheitern der Bündnispolitik geben und dafür, daß innenpolitisch manche brennende Frage ungelöst geblieben war; aber schließlich verdankte man ihr auch den Bestand des tschechoslowakischen Staates. Das Neue sollte mit dem Gewesenen nicht vollkommen brechen, sondern, wo es konnte, an die Traditionen anknüpfen. Vielleicht hätte es in dieser kritischen Zeit nicht günstig auf die breite Masse des Volkes gewirkt, wenn man mit den zurückliegenden zwanzig Jahren zu streng ins Gericht gegangen wäre. Sicherlich sind mit diesen oder ähnlichen Überlegungen die so häufigen Mahnungen zur Ruhe, Glaube und Selbstbeschränkung zu erklären. Wie man außenpolitisch keine allzugroßen Risiken eingehen wollte, so wollte man auch innenpolitisch keine Leere schaffen; solange man den Fehlern keine überzeugenden Taten gegenüberstellen konnte, durfte man die Kritik nicht forcieren. Die Presse hat hier also überlegt und gemäßigt die Zeichen der Zeit verstanden und ihre eigene Mission richtig aufgefaßt.

Als letztes bleibt noch die Frage nach dem objektiven Aussagewert der tschechischen Presse dieser Tage; sie betrifft in diesem Zusammenhang weniger die Zuverlässigkeit der Berichterstattung, als die Übereinstimmung ihrer geistigen Haltung, ihrer publizistischen Beiträge, mit der Volksmeinung bzw. deren Wirkung auf die Leser.

Die tschechische Presse hat in einer konkreten und zeitlich begrenzten Situation wesentlich dazu beigetragen (allerdings mehr oder weniger von der Regierung gelenkt — was sehr bald verschiedentlich auftauchende Zensurstellen beweisen), daß das innenpolitische Gefüge nicht zerfiel. Sie hat unmittelbar nach der Krise dem Volk immer wieder das große Opferbewußtsein vorgehalten und es zu Ruhe und Glauben ermahnt; sie hat die begangenen Fehler ruhen lassen und die Vorteile der Beschränkung auf einen kleineren Raum vor die Nachteile zu setzen verstanden; sie hat innenpolitisch die Vereinfachung des Parteiwesens, die Wichtigkeit des verständigen Zusammenlebens der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer propagiert und zu einem forcierten wirtschaftlichen Aufbau als der Grund-

⁸⁶ Vgl. etwa M. Hájek, a. a. O. S. 161 und 163.

lage der neuen Staatlichkeit aufgerufen; sie hat zu außenpolitischer Umsicht, Neutralität und Einordnung in ein neues Mitteleuropa geraten und schließlich unter Hinweis auf das Prinzip der Selbsterhaltung die Anlehnung an das Dritte Reich empfohlen.

Es läßt sich nicht direkt beweisen, doch der äußere Gang der Dinge zeigt vielfältig, daß die tschechische Presse nicht ohne Wirkung auf das Volk geblieben ist und daß sie weitgehend das Denken und Wollen des Volkes zum Ausdruck gebracht hat.

Sicherlich hätte sich aus der Tagespresse dieses Zeitabschnittes noch eine ganze Reihe interessanter Probleme herauslesen und verfolgen lassen. Die Studie hat aber ihr Schwergewicht auf die behandelten sechs Punkte konzentriert, in der Annahme, daß sie die entscheidendsten in der Periode des Überganges waren, solange es noch nicht allzu offensichtlich geworden war, daß die Tage der Zweiten Republik gezählt sein würden.